

Straßburger Zeitung.

Nr. 205.

Mittwoch den 7. September

1864.

Die „Straßburger Zeitung“ erscheint täglich mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. Vierteljähriger Abonnementen-

Gebühr für Insertionen im Anzeigblatt für die viergepflanzte Zeitung 5 Mtr., im Anzeigblatt für die erste Ein-
heit 3 Mtr., mit Verbindung 4 Mtr., für einzelne Monate 1 Mtr., resp. 1 Mtr. 35 Mtr., einzelne Nummern 5 Mtr.

Redaktion, Administration und Expedition: Grod-Gasse Nr. 107.

Stempelgebühr für jede Einzelung 3 Mtr., für jede weitere 3 Mtr. — Insert-Bestellungen und
Gelder übernimmt Karl Budweiser. — Zuwendungen werden franco erbeten.

VIII. Jahrgang.

Amtlicher Theil.

Se. f. l. Apokalyptische Majestät haben mit Allerhöchster Entschließung vom 30. August d. J. dem Dechant und Schuldistriktsaufseher Joseph Eichner zu Friedland in Böhmen in Anerkennung seines erprobten fünfzigjährigen Wirkens in der Seelsorge um das Schulwesen das goldene Verdienstkreuz mit der Krone allergraudig zu verleihen geruht.

Das Staatsministerium hat den Lehrer an der Communal-Oberrealschule in Elbogen Paul Scheiner, den Supplenten am Gymnasium in Gernowitz Dr. Eduard Schröder und den Lehrer an der Communal-Oberrealschule in Sombor Michael Godlewski zu wirthlichen Lehrern an der gerechtsamestunten Oberrealschule in Gernowitz ernannt.

königlichen Yacht „Dobrone“ das Geleite geben. Indem die „Post“ die Reisenden mit ihren Glückwünschen begleitet, kann sie nicht umhin, in der Wahl der Fregatte ein glückliches Omen für Dänemark zu entkräften, daß er, wenn er vergrößert würde, auf hören könnte, es zu sein. Zum Schluß bekämpft die Denkschrift die Zunahme, daß der Großherzog zu Gunsten des Herzogs von Augustenburg zurücktreten soll, als eine Zunahme, die selbst im Privatleben, wenn es sich um eine rein materielle Frage handeln würde, von Ledermann zurückgewiesen werden würde, da Niemand aus freien Stücken irgendwelche Rechtsansprüche seinem Gegner opfern werde.

Der wesentlichste Anteil an der Abschaffung der Augustenburgischen Denkschrift zur Begründung der Ansprüche des Erbprinzen Friedrich durfte nach dem „Neuen Hamburg“, dem Geh. Rath Samwer und dem Professor der Rechte an der Kieler Universität Albert Haniel zuzuschreiben sein. Ihnen zur Seite haben der Geh. Regierungsrath v. Warnstedt in Görlitz und der Geh. Rath Michelchen, bisher erster Vorstand des „Germanischen Museums“ in Nürnberg, seit längerer Zeit aber bereits wieder in den Herzogthümern weitlend, gestanden. Die Denkschrift (40 Folioseiten) des Herzogs von Augustenburg soll sich zum Zweck haben. Diese Verhandlungen können schon um deswillen vor der Hand nicht stattfinden, weil einem Bechlüsse der dem älteren Zollverein angehörenden Regierungen gemäß außer Preußen und Sachsen auch Bayern die Verhandlungen Namens des Zollvereins führen soll, während dieselben eine Regelung des Verhältnisses zwischen Österreich und dem reconstituirten Zollverein ins Auge fassen, dem Bayern noch nicht begetreten ist. Es liegt auf der Hand, daß das Mandat Bayerns so lange als suspendirt zu betrachten ist, bis die Voraussetzung erfüllt ist, unter welcher das Mandat ertheilt wurde, bis Bayerns Angehörigkeit beim Zollverein für die Periode des intendirten Vertrages mit Österreich feststeht. Wird dieselbe nicht bis zum 1. October c. festgestellt, so werden die Staaten des reconstituirten Zollvereins in den, wie wir mitgetheilt haben, alsdann zu eröffnen den neuen Zollconferenzen auch über ein Arrangement zu befinden haben, das von der Mitwirkung Bayerns bei den Verhandlungen mit Österreich absicht. Keinenfalls also können die förmlichen Verhandlungen mit Österreich eher in die Wege geleitet werden, als bis über die Stellung, die Bayern zu dem reconstituirten Zollverein eingenommen gedenkt, keinerlei Zweifel mehr bestehen, sei es, indem Bayern ebenstens seinen Beitritt erklärt, oder indem es die Frist verstreichen läßt, während welcher sein Beitritt erwartet wird.

Die Conferenzen in der Zoll- und Handelsfrage zwischen preußischen und österreichischen Fachmännern werden wahrscheinlich am 8. d. in Berlin beginnen. Ein Berliner Blatt schreibt über die eigentliche Bedeutung derselben: Wir deuteten bereits wiederholt an, daß dieselben lediglich eine Verständigung über einige Grundlagen für die künftigen förmlichen Verhandlungen über die Erneuerung und Erweiterung des Februarvertrages zum Zweck haben. Diese Verhandlungen können schon um

denen übergeben worden. Die Denkschrift weist rissen, und das französische Consulat angegriffen. Da weiter nach, daß Oldenburg stets ein echt deutscher Staat gewesen sei, und sucht jeden Verdacht zu entkräften, daß er, wenn er vergrößert würde, auf hören könnte, es zu sein. Zum Schluß bekämpft die Denkschrift die Zunahme, daß der Großherzog zu Gunsten des Herzogs von Augustenburg zurücktreten soll, als eine Zunahme, die selbst im Privatleben, wenn es sich um eine rein materielle Frage handeln würde, von Ledermann zurückgewiesen werden würde, da Niemand aus freien Stücken irgendwelche Rechtsansprüche seinem Gegner opfern werde.

Der wesentlichste Anteil an der Abschaffung der Augustenburgischen Denkschrift zur Begründung der Ansprüche des Erbprinzen Friedrich durfte nach dem „Neuen Hamburg“, dem Geh. Rath Samwer und dem Professor der Rechte an der Kieler Universität Albert Haniel zuzuschreiben sein. Ihnen zur Seite haben der Geh. Regierungsrath v. Warnstedt in Görlitz und der Geh. Rath Michelchen, bisher erster Vorstand des „Germanischen Museums“ in Nürnberg, seit längerer Zeit aber bereits wieder in den Herzogthümern weitlend, gestanden. Die Denkschrift (40 Folioseiten) des Herzogs von Augustenburg soll sich zum Zweck haben. Diese Verhandlungen können schon um deswillen vor der Hand nicht stattfinden, weil einem Bechlüsse der dem älteren Zollverein angehörenden Regierungen gemäß außer Preußen und Sachsen auch Bayern die Verhandlungen Namens des Zollvereins führen soll, während dieselben eine Regelung des Verhältnisses zwischen Österreich und dem reconstituirten Zollverein ins Auge fassen, dem Bayern noch nicht begetreten ist. Es liegt auf der Hand, daß das Mandat Bayerns so lange als suspendirt zu betrachten ist, bis die Voraussetzung erfüllt ist, unter welcher das Mandat ertheilt wurde, bis Bayerns Angehörigkeit beim Zollverein für die Periode des intendirten Vertrages mit Österreich feststeht. Wird die-
selbe nicht bis zum 1. October c. festgestellt, so werden die Staaten des reconstituirten Zollvereins in den, wie wir mitgetheilt haben, alsdann zu eröffnen den neuen Zollconferenzen auch über ein Arrangement zu befinden haben, das von der Mitwirkung Bayerns bei den Verhandlungen mit Österreich absicht. Kei-
nenfalls also können die förmlichen Verhandlungen mit Österreich eher in die Wege geleitet werden, als bis über die Stellung, die Bayern zu dem reconstituirten Zollverein eingenommen gedenkt, keinerlei Zweifel mehr bestehen, sei es, indem Bayern ebenstens seinen Beitritt erklärt, oder indem es die Frist verstreichen läßt, während welcher sein Beitritt erwartet wird.

Die Denkschrift des Nationalvereins hält es

für nötig, die bedeutsame Kunde von einer Spaltung, welche innerhalb des deutschen Nationalvereins ausgebrochen sei, zu erwähnen, bez. zu bestreiten.

Doch geschieht Letzteres in einer ziemlich schüchternen Weise. Der Zwielalt, der wesentlich in der sehr stark divergirenden Auffassung der schleswig-holsteinischen Frage beruht, wobei sich die Preußen und die kleinstaatlichen Mitglieder des Vereins schroff entgegenstellen, wird durch die Ablehnung nicht belegt.

Von der am Sonnabend in Kiel abgehaltenen

Verhandlung nicht weiter detaillierter Gutsbesitzer

ist folgendes Beschlussergebnis zu melden: Von den

31 Anwesenden stimmten 22 gegen die seiner Zeit

gemeldeten Beschlüsse der Ritterschaft, 25 für die

Beschlüsse des Städteetages.

Nach einer Meldung des „Botschafter“ hat Han-

nover bezüglich der Rendsburger Affäre die Vermittlung Österreichs nachgesucht; ein Schiedsgericht steht

in Aussicht.

Nach der „Bair. Ztg.“ sind die vier Executions-

Regierungen übereinkommen, eine Commission von

Offizieren nach Kiel einzuberufen, um die Belästigungs-

Verhältnisse von Rendsburg zu ordnen.

Nach einer tel. Depesche der „Schles. Ztg.“ aus

Wien, 5. d., sind die Zeitungsgeschriften von dem

Plan einer neuen Bundesreform und einem Berliner

Fürstentage vollständig erfunden.

Nach der „Bair. Ztg.“ sind die vier Executions-

Regierungen übereinkommen, eine Commission von

Offizieren nach Kiel einzuberufen, um die Belästigungs-

Verhältnisse von Rendsburg zu ordnen.

Nach einer tel. Depesche der „Schles. Ztg.“ aus

Wien, 5. d., sind die Zeitungsgeschriften von dem

Plan einer neuen Bundesreform und einem Berliner

Fürstentage vollständig erfunden.

Die Anerkennung der neuen Regierung Griechenlands durch Österreich soll, wie wir bereits

gemeldet, bevorstehen. Es soll dieses im Einvernehmen mit dem Münchener Hof geschehen, welchem

vorgestellt wurde, wie gewichtige Interessen seiner

Staatsangehörigen Österreich nöthigen, sich mit dem

neuen Zustande der Dinge in Griechenland abzufinden,

und wie eine längere Zurückhaltung umso weniger

gerühmlich sei, als Österreich sich an der Ordnung

der ionischen Angelegenheit betheiligt habe.

Zwischen den Gefänden Frankreichs, Russlands

und Englands in Athen haben die Verhandlungen

zur Regelung der von Griechenland in den Jahren

1824 und 1825 contrahirten Schulden ihren Anfang

genommen.

Die Madrider Correspondencia veröffentlicht eine

Depesche aus Mexico, 1. August, nach welcher sich

Juarez in der That auf der Flucht befinden soll.

Nach demselben Blatte bestätigt sich die Unterwerfung Uraga's selbst durch Briefe von Anhängern der

juristischen Sache. Es folgten jedoch nur etwa 100

seiner Leute seinem Vorgange.

Aus Madagascar ist wie gestern erwähnt, in

Paris die Nachricht eingetroffen, daß der erste Minis-

ter, bekanntlich der neue Gemahl der Königin, ge-

stürzt worden sei. Man behauptet sogar, daß er er-

mordet worden. Der „K. Z.“ schreibt darüber:

Der König Radama ist zwar nicht wieder zum Vor-

schein gekommen, aber der erste Minister, der die

Witwe des Königs geheirathet hat, ist ermordet und

dessen Bruder an seine Stelle ernannt worden. Die

Bewegung scheint im französischen Sinne gemacht

durch eine derartige Handlungswise Russlands bereits

worden zu sein. Zum wenigsten behaupten die be-

treffenden Depeschen, die jedoch vom Herzog Lam-

berl herrihren, daß ein französischer Anhänger zum

Gouverneur von Tamatava ernannt worden sei und

der englische Consul ein Kriegsschiff zu seiner Hülfe

herbeigerufen habe.

Bekanntlich wurde in Panama bei der Durch-

reise des spanischen Commissärs Mazarredo auf sei-

ner Rückreise aus Peru die französische Flagge zer-

Krakau, 7. September.

[Der Wohlthätigkeits-Verein in Krakau.] Nach dem diesjährigen Bericht des Wohlthätigkeits-Vereins befanden sich im Jahre 1863 in dem Institute 52 Männer, 169 Weiber, 20 Knaben und 13 Mädchen, zusammen 254 Personen. Von den 33 Kindern befand sich auf Kosten des Staates keines, des hiesigen Magistrates 5 Knaben, auf Kosten des Vereins 15 Knaben und 13 Mädchen. Gestorben sind in Verlauf des vorigen Jahres 7 Männer, 9 Weiber und 1 Mädchen, zusammen 17 Personen.

Das mittlere Lebensalter derselben war bei Männern 80, bei den Weibern 76 Jahre.

Im Verlauf des Jahres 1863 wurden aufgenommen 1 Mann, 7 Weiber, zusammen nur 8 Personen. Von Kindern wurde in diesem Jahre keines aufgenommen.

Die Einnahmen des Vereins beziffern sich für das vergangene Verwaltungsjahr auf 32.396 fl. 24 kr. resp. nach der Anmerkung des Berichtes nur auf 32.296 fl. 24 kr. Die Ausgaben betragen im Ganzen 27.920 fl. 67 kr. östr. Währ.; es bleibt somit für das Jahr 1864 ein Cassarett mit 3.375 fl. 27 kr. östr. Währ. oder nach Abschlag des

Betrages pr. 2.464 fl. 50 kr., wie die Anmerkung sagt, eigentlich nur 911 fl. 27 kr. östr. Währ.

Werden die Ausgaben mit 27.920 fl. 67 kr. unter die 254 Arme gleichmäßig verteilt, so kostet die Gehaltung eines Individuums jährlich 109 fl. 92 kr. ö. W.

In Ansehung der Einnahme haben wir bei dem Titel III. zu bemerken, daß man in der Entreibung der Ausstände nicht absonderlich fleißig war, indem man im Jahre 1863 Rückstände noch aus dem Jahre 1849 registriert. Wer hieran die Schuld trägt, ist uns nicht bekannt; jedenfalls ist es von den Schuldnern gewissenlos, daß sie mit der Abzahlung ihrer Schuldigkeit den hieraus entfallenden Nutzen dem Institute entziehen.

Nach dem Titel VIII. beträgt der Verdienst der Armen im Jahre 1863 168 fl., es entfällt somit auf ein Individuum im Durchschnitt jährlich der Betrag von 66 kr.

Diejer Verdienst ist etwas zu gering. Es sind zwar in dem Institut lauter bekannte Personen; allein es gibt im menschlichen Leben solche Beschäftigungen, welche auch der älteste Mensch, wenn er nicht krank oder körperlich ist, verrichten kann. Solche Beschäftigungen sind:

a) für die Frauen: Federsleifen, Strümpfestricken, Potschenflechten, die Anfertigung von Decken aus Tuch und w.

b) für die Männer: Korbblechen, die Anfertigung von Strohdecken und Strohwischen, von Bahnstöcken, Schusterlängeln, Pappechtern u. s. w.

Was die Auslagen anbelangt, so scheint uns die Belebung Titel I sehr kostspielig zu sein; denn in dem städtischen Versorgungs- und Arbeitshaus wurden im Jahre 1863 ebenfalls 251 Personen beschäftigt, und die Ausgabe hiess für betrug nur 4260 fl. 3½ kr., während die Befolbung von 254 Personen im Wohltätigkeitsverein 12.793 Gulden 59 Kreuzer beträgt.

Im Wohltätigkeits-Verein kostet, wie Titel III. nach weißt, die Belebung jährlich 1788 fl. 50 kr., während in dem Versorgungs- und Arbeitshaus die Miete des Locales sammt Beheizung und Beleuchtung nur mit 1249 fl. 75 kr. beziffert erscheint. Bemerkt muß werden, daß in dieser Summe der Mietzins pr. 800 fl. enthalten ist, und daß in diesem Institut das ganze Jahr geheizt wird, weil hier die Speisen für die Armen gekocht und die Wäsche gewaschen wird.

Unter dem Titel VI finden wir auch in diesem Jahr die Ausgabe für das Waschen der Wäsche mit 567 fl. 72 kr. angelebt. Wir dachten, diese Auslage könnte zum größten Theil erwartet werden; denn es dürften sich unter den 169 Webspernen doch einige finden, welche noch die physische Kraft besitzen, die Wäsche für das Haus zu versorgen.

Auch in dem Titel VIII könnten nicht unbedeutende Beträge erwartet werden, wenn sich Männer von wahrer Humanität entschließen würden, die verschiedenen administrativen Geschäfte ad majorem Dei gloriam ohne Entlohnung zu führen.

Wissenschaften zu seiner vierten General-Versammlung zusammen.

Die Correspondenz „Rotter“ meldet: In neuerer Zeit hat ein protestantischer Seelsorger das von einer unerheblichen katholischen Mutter geborene Kind dessen Vater Protestant ist, getauft und diesen Vorgang durch die Berufung auf die Bestimmung der Hofdecrets vom 5. Februar und 4. Juli 1796 zu rechtfertigen gesucht. Von Seite des fürsterzbischöflichen Ordinariates ist dagegen geltend gemacht worden, daß dieser Vorgang als ein Eingriff in die Rechte des Pfarrers der katholischen Mutter sich darstelle, weil in der Natur des Verhältnisses des katholischen Pfarrandes gegen seinen Pfarrer begründet sei, daß nur dieser Cultushandlungen, die dasselbe benötigt, vornehme und kein Gesetz einem protestantischen Seelsorger das Recht einräume, das Kind einer unerheblichen katholischen Mutter zu taufen.

Von Seite des Staatsministeriums wurde in Bezug auf den gegebenen Fall erklärt, daß die beiden Hofdecrets vom 5. Februar und 4. Juli 1796, durch welche der Redete stehende Vorgang des protestantischen Seelsorgers gerechtfertigt werden wollte, lediglich von dem Rechte des bei der Taufe sich erklärenden ehelichen Vaters zur Bestimmung des Religionsunterrichtes und der Erziehung des Kindes sprechen, und wie der Ministerialerlaß vom 4. März 1858 ausdrücklich bemerkte, nur bei jenen gemischt Ehen, vor deren Eingabe die katholische Erziehung sämtlicher Kinder nicht gewährleistet wurde, das Gesetz den protestantischen ehelichen Vater berechtigt, seine männlichen Kinder nach protestantischem Ritus taufen zu lassen, worauf in einer solchen gemischten Ehe der protestantische Vater das erwähnte Recht bezüglich aller aus der Ehe anzuhaftenden männlichen Kinder im Vorhinein durch den Act der Geschlechter erwirkt, während der uneheliche protestantische Vater in den Besitz dieses Rechtes nur von Fall zu Fall durch die Vaterhaftsverklärung bei dem Taufakte gelangt, der nach den allgemeinen gesetzlichen Bestimmungen, folglich an dem Kinde einer katholischen Mutter nach katholischem Gebrauche vorzunehmen ist.

Die Bauleitung der Bottic-Kirche beschloß den Weiterbau des Hinterhauses erst nach Vollendung der beiden Thäuren in Angriß zu nehmen. Das Wiener Oberlandesgericht hat das von dem Landesgerichte wider den Dr. Franz Schuselka am 10. August v. J. gefallte Urteil seinem ganzen Inhalte nach bestätigt.

Die Versammlung der ungarischen Aerzte und Naturforscher in Maros-Wassarhely hielt am 2. d. die Schlüßtagung. Als Versammlungsort für die nächste Sitzung wurde Preßburg bestimmt. Zum Präsidenten wurde Graf Carl Zichy gewählt.

Deutschland.

Die der Plenarversammlung des fünften deutschen Juristentages zur Kenntnahme mitgetheilten Beschlüsse der vierten Abtheilung, betreffend die Organisation der Staatsanwaltshaft lauteten:

1. Die Amtsverrichtungen der Staatsanwaltshaft sind durch ständige, eigens damit betraute Beamte zu versehen.

2. Der Staatsanwaltshaft ist neben dem Amt des öffentlichen Anklägers in Strafsachen der Beruf zu überwiesen: a) in den Fällen, wo nach dem bisherigen Verfahren ohne Antrag eine Privatpartei von Amts wegen durch ein Civilprozeßverfahren (zur Feststellung, Änderung oder Aufhebung eines den Gegenstand des Verfahrens bildenden Privat-Rechtsverhältnisses) einzutreten ist, als Principal-Partei des Verfahrens bei den Gerichten anhängig zu machen und unter Beiratung der Thatsachen mit den Prozeßmitteln einer Partei durchzuführen; b) in den Fällen, in welchen im Civilprozeßverfahren (über die Feststellung, Änderung oder Aufhebung eines den Gegenstand des Verfahrens bildenden Privat-Rechtsverhältnisses) zwar auf die Anträge einer oder mehrerer Parteien zu entscheiden, dabei jedoch die Thatsachen (welche die Voraussetzung der Entscheidung bilden) nicht lediglich nach Lage der Behauptungen, Beweise und Begegnisse der Parteien sich bestimmen, sondern von Amts wegen darauf zu halten ist, daß der wirkliche Thatbestand der Entscheidung zu Grunde gelegt werde, als Principalpartei in dem Verfahren beihilftig zu sein und selbstständig im geeigneten Falle unter Beiratung des Thatbestandes mit den Prozeßmitteln und Rechtsmitteln einer Partei einzutreten.

3. Das Personal der Entdeckungs- und Verfolgungs-Polizei ist der Staatsanwaltshaft unmittelbar zu unterstehen.

4. Die Staatsanwaltshaft eignet sich nicht zu einem Organ der staatlichen Obräffsicht über die Gerichte.

5. Es ist nicht notwendig, der Staatsanwaltshaft die sämmtlichen Justizverwaltungsgeschäfte zu übertragen. Ob ihr einzelne derselben zu überweisen, ist Sache der Landesgesetzgebung.

6. a) Die Staatsanwaltshaften haben die ihnen im Straf- und Civilprozeß zustehenden Funktionen (2.) selbstständig auszuüben und können ihnen dabei Anweisungen von Seiten des Justizministeriums nicht entheil werden.

b) Als oberste Beschwerde- und Aufsichts-Instanz für alle Staatsanwälte treten an die Stelle des Justizministers — vorbehaltlich natürlich der demselben in Betreff der Staatsanwalt in demselben Umfang wie in Betreff der Gerichte verbleibenden allgemeinen Obräffsicht — die Anklagekammern der höheren Gerichtshöfe oder eine Abtheilung des höchsten Gerichtshofes.

7. Die Staatsanwälte können nur unter denselben Voraussetzungen wie Richter entlassen, verjezt und pensioniert werden.

Nach Berichten aus Hamburg, 5. d., sind die preußischen Kanonenboote „Basilisk“ und „Wall“ mit 7 erbeuteten dänischen Kanonenjollen und einem Dampfer im Limfjord eingetroffen.

Ein Telegramm aus Kolding meldet, die Feldpostämter seien zur Berichterstattung über die Organisation des Winterfeldpostdienstes aufgefordert worden.

In dem Besuch des Kölner Erzbischofs Cardinals von Geissel ist in den letzten Tagen keine Änderung eingetreten, welche für den Augenblick Schlimmeres befürchten ließe.

Einem Privatschreiben aus Hannover entnimmt die

Berliner „B. u. H.-Z.“ Folgendes: „Es ist hohe Zeit, daß man in Berlin dazu thut, sich mit unserem Hofe auszugeben. Seit Monaten liegen Vorschläge zu Ordensverleihungen an preußische Offiziere und Beamte aller Grade zur Genehmigung vor, werden aber jedesmal zurückgeschoben. Solche Vorschläge gehen ohne alle Berücksichtigung der höheren Orts herrschenden politischen Migräne ihren reformmäßigen Gang, bis sie in der entscheidenden Instanz ankommen, ins Stocken gerathen. Selbst schon unterschriebene Ordres werden auf ergangenen Specialbefehl zurückgehalten. So kann es kommen, daß mancher um das Welfenhaus wohlverdiente Preuze darüber hinstirbt, ohne von der ihm zugedachten, vielleicht schon auf dem Papier zugestellten Auszeichnung etwas zu erfahren. Ein Berg von ununterschriebenen Patenten und auf die Seite geschnittenen Verleihungsberichten hat sich aufgetürmt, — ein erschütternder Anblick, wie mir ein Augenzeuge sagt, der Knopflöcher zu Thäumen röhren könnte.“

Während des Aufenthaltes der kaiserlich russischen Familie in Friedenshafen wird nach einer Kundmachung des Lindauer Bezirkssamtes vom Anfang des Monats September auf unbestimmte Zeit eine strengere Handhabung der Fremdenpolizei in Friedrichshafen stattfinden, und zwar in der Art, daß Niemand vom See aus dort anlanden oder von der Landseite her Friedrichshafen passiren darf, der nicht einen ordnungsmäßigen Reisepas oder eine Passkarte vorweisen kann.

Der Berliner Polen-Prozeß. [Sitzung vom 5. Sept.] Nach Eröffnung der Sitzung durch den Präsidenten Büchner erhob sich der Rechtsanwalt Janek und stellte den Antrag, da der Gerichtshof die Vorladung des Dictators Langiewicz abgelehnt habe, denselben nun mehr durch Requisition der österreichischen Gerichte informationis causa vernehmen zu lassen. Der Vertheidiger machte auf den Unterschied dieses Antrages von dem in der letzten Sitzung abgelehnten aufmerksam und begründet denselben. Über den Antrag erhob sich sodann eine lange Debatte, da denselben von Seiten der Staatsanwaltshaft vertheidigt wurde. Der Ober-Staatsanwalt weist nochmals darauf hin, daß Langiewicz sich, wenn auch nicht formal, so doch materiell in derselben Lage mit den Angeklagten befindet und daß auch der heutige Antrag vom Gerichtshof bereits mitabgelehnt sei durch den in der letzten Sitzung gefassten Beschluß; denn die Vernehmung des Langiewicz sei abgelehnt. Rechtsanw. Elwen bemerkte, daß die Vernehmung des Langiewicz auch in Interesse der Staatsanwaltshaft liege. Es sei überhaupt ein eigentliches Zusammentreffen, daß gerade die Leiter des Unternehmens sich nicht auf der Anklagebank befänden. Man dürfe sicher behaupten, daß nicht mit gleichem Maß gemessen sei. Die Vermuthung liege nahe, daß die Anklage die Enthüllungen des Langiewicz fürchte, daß sie sich scheue, ihn zu vernehmen, da sie im Stande sei, sich seiner zu bemächtigen. Befremdend sei es auch, daß Graf Dzialyński nicht verhaftet worden sei, da er hätte verhaftet werden können. Die Vertheidigung bedauerte lebhaft, daß diese beiden Personen nicht auf der Anklagebank säßen; ihre Aussage würde nicht den mindesten Zweifel darüber bestehen lassen, daß an ein hochverrätlerisches Unternehmen gegen Preußen nicht gedacht worden sei. — Der Ober-Staatsanwalt erwidert, daß Graf Dzialyński nicht verhaftet worden sei, weil er dem Abgeordnetenhaus als Mitglied angehört. — Der Angeklagte v. Niegolewski erklärt, daß er ebenfalls Abgeordneter gewesen und dennoch verhaftet worden sei.

Der Gerichtshof behält sich den Beschluß über diesen Antrag bis nach der Pause vor. — Es wird hierauf die Kammerfrau der Gräfin Dzialyńska, Wdame. Lelièvre aus Paris, vernommen, welche ausagt, daß sie zwei Tage vor ihrer Abreise nach Paris von Herrn v. Guttry einen leinenen Beutel mit Papieren zur Aufbewahrung erhalten und diesen Beutel bei ihrer Abreise an den Grafen Dzialyński gegeben habe. Die darin enthalten gewesenen Papiere habe sie nicht gelesen. Der Schneiderlehrling Michaiski, von der Vertheidigung zum Beweis darüber vorgebracht, daß nach bestimmten Neuferungen im Lager, der Aufstand nicht gegen Preußen gerichtet gewesen sei, vermag nichts mehr zu erkennen, dagegen wird die Aussage des Gymnasten Zaleski vorgelesen, welcher bekundet, daß von einer Abreise der Provinz Posen von Preußen nicht die Rede gewesen sei. Um 11½ Uhr tritt die Pause ein.

Frankreich.

Paris, 4. September. General v. Roon, der preußische Kriegsminister, ist vorgestern Abends hier eingetroffen und im Hotel de Londres abgestiegen.

Morgen wird sich Herr v. Roon nach Cherbourg begeben. — Die Fürstin Polignac, Frau des Ministers Carls X., ist gestorben. Sie war 1792 geboren und hatte sich im Jahre 1824 in zweiter Ehe — ihr erster Gemal war der Marquis v. Choiseul-Beaupré, welcher 1823 starb — mit dem Fürsten verheiratet.

Sie war eine Tochter des verstorbenen Lords Radcliffe. — Man ist hier in offiziellen Kreisen darüber verstimmt, daß Österreich mehrere Bölvoreinsstaaten noch von ihrem Beitritt zum franz.-preußischen Handelsvertrage abhält.

Über die Decentralisation bringt ein Pariser Correspondent der „A. A. Z.“ endlich bestimmte Auskünfte. Seit 1851 wurden die Machtbefugnisse und Kanzleigeschäfte der Präfekten allmälig erweitert. Soll daraus nicht eine Verstärkung der Centralisation entstehen, so müßte die von den Conseils-Généraux auszübende Überwachung der Controle ebenfalls erweitert werden, was vor Allem die Deffensivität und die Veröffentlichung ihrer Verhandlungen anstatt unvollständiger und anonymer Protocollsusage voraussetzt. Dieses Verlangen nach Deffensivität, so wie nach frei erwählten oder doch dem Gemeinderath und der Gemeinde angehörigen Maires greift in der Provinz um sich. Das Decentralisationsgesetz wird jedoch hierin keine Concession erhalten, vielmehr jede politische Tendenz in den Generalräthen noch schärfer unterdrücken. Bisher müssen die von den Generalräthen volkstümlichen Steuerzuschläge für Bauten oder für dazu bestimmte Anlehen, auch die

Erwerbungen und Veräußerungen von Eigenschaften, vom gezeigten Körper ratifiziert werden, der den größten Theil der Session mit dergleichen Localansuchen bringt. Dafür werden die Generalräthe künftig bis zu einer gewissen Höhe leiste Instanz sein. Die Decentralisation beschränkt sich also auf die Erleichterung und Vereinfachung des Geschäftsvergangs des gezeigten Körpers wie es zwischen Ministerialen und Präfekturen theilweise schon der Fall ist. Der Generalrat von Saone und Loire ging den Reformen schon voraus, indem er eine Subvention von 7 Millionen Francs für die Errichtung eines Schienennetzes votierte. Die so verstandene Decentralisation hat auch den Zweck, die Departements an den Kosten des dritten Schienennetzes und andere großen Arbeiten, welche den wichtigsten Theil des Regierungsprogramms bilden, stärker zu beteiligen.“

(Janowski gegen Czartoryski.) Eine von dem polnischen Emigranten Joh. Janowski unlängst in Paris herausgegebene polnische Flugschrift, betitelt: „Mein Briefwechsel mit dem Fürsten Wladyslaw Czartoryski“ gibt, wie wir der „Ost. Ztg.“ entnehmen, interessante Aufschlüsse über die eigenhümliche Rolle, welche der bekannte Zouavenführer Rochebrun beim polnischen Aufstand spielt und über die seiner Zeit nur dunkle Gerüchte verbreitet waren. Es war aufgefallen, daß dieser französische Abenteurer, der sich eben so wenig durch militärische Fähigkeiten als durch sonstige Verdienste auszeichnete, sich der ganz besonderen Protection der galizischen Großen erfreute und in Folge derselben in der kurzen Zeit von 8 Wochen vom französischen Unteroffizier bis zum polnischen General avancierte. Niemand, außer den Eingeweihten, hatte sich das Räthsel dieses schnellen Avancements erklären können. Janowski gibt jetzt in der genannten Flugschrift die Lösung dieses Räthels, indem er die auf Rochebrun eigenen Geständnissen beruhenden Beweise dafür bringt, daß derselbe von der Czartoryskischen Partei dazu ausgenutzt war, das Banner des Czartoryskischen Königthums in Polen zu erheben und als Stütze derselben eine sogenannte „Königliche Legion“ zu bilden, die zunächst aus Ausländern bestehen sollte. Vor Rochebrun im April v. J. aus Paris nach Polen abreiste, wurde ihm zu Ehren im Hotel Lambert ein glänzendes Festmahl gegeben, an welchem die Koryphäen der Czartoryskischen Partei teilnahmen. Fürst Wladyslaw Czartoryski brachte auf den Vorläufer seiner Prätentionen auf den polnischen Thron einen Toast aus, an dessen Schluss er den Wunsch aussprach, daß derselbe das „Banner Polens“ werden möge. Der schlichte Unteroffizier, der den Sinn dieser Worte wohl nicht verstanden mochte, erwiderte bestehend: „Meine Herren, für Polen werde ich nie ein Banner werden; ich bin und kann nur ein Soldat und weiter nichts.“ Nach Beendigung des Mahles erhielt Rochebrun vom Fürsten Wl. Czartoryski prächtige Geschenke, namentlich zwei mit Gold ausgelegte Revolver, auf deren Griff die Königskrone sich befand, eine goldene Uhr mit dem aus Diamanten gebildeten polnischen Adler, eine Generalsuniform u. s. w. Außerdem wurde ihm ein offenes Schreiben an die Magnaten in Galizien und Polen mitgegeben. Die Geständnisse Rochebruns, die bald unter der polnischen Emigration in Paris bekannt wurden und die selbe in nicht geringen Alarm brachten, veranlaßten den Emigranten Janowski, sie dem Fürsten Wl. Czartoryski in einem Schreiben vorzubringen und ihn aufzufordern, sich über sein Verhältnis zu Rochebrun öffentlich zu erklären. Der Fürst lud Janowski zu einer Unterredung zu sich ein, die am 2. Oktober v. J. stattfand. Bei dieser Unterredung gab der Fürst auf die Vorstellungen Janowski's ausweichende Antworten. Es behauptete zwar, daß ihm von Rochebrun Unternehmungen nichts bekannt sei, lehnte aber die von ihm verlangte öffentliche Erklärung entschieden ab.

Schweiz.

In Genf fand am 2. d. Nachmittag für den im Duell getöteten Arbeitertribun La Jassale eine Trauerfeier statt, bei der Klapka und Andere als Redner auftraten.

Der „Schles. Z.“ wird aus Bern geschrieben: Daß James Fazy der Vorladung vor den eidgenössischen Untersuchungsrichter nicht Folge leisten werde, das hat hier in Bern wenigstens Niemand erwartet, weshalb wir der gestern Abend hier telegraphisch eingetroffenen Nachricht, er habe Genf verlassen auch keinen Glauben schenken. Daß dies wirklich der Fall ist jedoch zu bezweifeln. In seinem Organ, der „Nation Suisse“, lesen wir heute: „Wir vernehmen, daß J. Fazy, nachdem er dreimal schwer bedroht und beleidigt worden und er soeben Nachricht von einem neuen gegen seine Person gerichteten Guet-a-pens erhalten, für einige Zeit seinen Aufenthalt in einem benachbarten Gränzorte nehmen wird. Dort wird er warten, bis die Reaction, welche die eidgenössische Occupation augenblicklich nicht Herr zu werden scheint, von selbst zusammenstürzt. Nichtsdestoweniger wird er von seinem Aufenthalt aus alle Bewegungen der Reaction überwachen und den schweizerischen Radikalen, welche sich bald überzeugen werden, daß in der Genfer Reaction anfang zu einer allgemeinen Reaction liegt alle Phasen derselben zur Kenntnis bringen.“

Leider haben wir begründete Befürchtungen, daß die Verwicklungen für Genf und die gesamte Eidgenossenschaft nun erst recht angehen werden. (Nunmehr erfährt man auch Einiges über die Mittelchen, die Fazy bei den letzten Wahlen angewendet, um sich eine Mehrheit zu sichern. So hat er unter Anderm, um die Stimme des katholischen Landvolkes zu gewinnen, den Katholiken die Gründung eines katholischen Bischofs in Genf zugesagt z. Fazy wird natürlich nicht bloß, wie er angibt in eine Gränzstadt, sondern wahrscheinlich weit darüber hinaus, wie man glaubt, nach Paris gegangen sein.)

Was für seltsame Patrioten Herr Fazy hinter sich gesammelt hat, das zeigt die Persönlichkeit Fontaine, des jüngst verhafteten Alt-Staatsrats-Präsidenten. Derselbe hat (woran der „Euzerner Wahrheitsfreund“ jetzt erinnert) bereits im Jahre 1858 zu einer Volksversammlung (!) die denkwürdigen Worte ausge-

rufen: "Gleichviel ob die Genfer Regierung in der Schweiz scheel angesehen werde, dagegen wird sie in Frankreich um so mehr gewürdigt!" Ferner berichtet der "Wahrheitsfreund" von demselben Herrn Fontanell: "Er schafft seine Frau vor der Niederkunft immer auf französisches Gebiet, damit seine Kinder durch Geburt Franzosen werden, was nach dem französischen Gesetze wirklich der Fall ist." Kein Wunder, daß der Mann im Ruhe steht, eher französischer Agent als Genfer Patriot zu sein.

Belgien.

Eine Interpellation des Herrn Coomans über das in Belgien unter offensichtlicher Begünstigung der Regierung gebildete mexicanische Truppencorps hat in der Sitzung der belgischen Kammer zu einer eben so lebhaften wie interessanten Debatte Veranlassung gegeben. Den in jenes Corps eintretenden Soldaten und Offizieren wird Urlaub bewilligt und garantiert man ihnen außerdem die nach der Verfassung einem jeden (ohne amtliche Genehmigung) in ausländischen Kriegsdienst tretenden Belgier verloren gehenden Nationalitätsrechte. Außerdem hat man jenen Truppen auch eine Caserne (in Audenard) zur Verfügung gestellt und die Organisation der Gruppe ist einem belgischen General a. D. anvertraut. Unter solchen Umständen konnte es den Ministern des Kriegs und der Finanzen nur schwer gelingen, die ertheilten Vergünstigungen als mit vielfachen Präcedenzfällen und der constanten Tradition aller früheren Ministerien ver einbar darzustellen. Weder zur Rechten noch zur Linken fand die Handlungsweise der Regierung auch nur einen Fürsprecher, während die belgisch-mexicanische Expedition an sich von allen Seiten nur herben Ladel erfuhr. Es muß auch bemerkt werden, daß wohl niemals irgend ein Unternehmen gleich unpopulär in Belgien war. Die Herren d' Hane de Steenhuyse, Goblet und Guillery nannten dasselbe eine verkleidete belgische Intervention in fremde Angelegenheiten. Rämentlich die Rebe des Herrn Guillery machte auf allen Bänken des Hauses bedeuten den Eindruck. Mit bitteren Worten beklagte sich der Abgeordnete von Brüssel darüber, daß die Regierung belgische Bürger ausmuntete, jenseit des Oceans die Freiheit und Unabhängigkeit eines fremden Volkes, also gerade die Prinzipien zu bekämpfen, denen die belgische Nationalität ihre ganze Kraft und ihr Daseinsrecht verdanke. Schließlich verwarf das Haus mit 53 gegen 39 Stimmen einen von Herrn Coomans eingebrochenen Antrag auf Tagesordnung, welcher das Bedauern der Kammer über die von der Regierung beobachtete Haltung ausprach und dessen Annahme den Sturz des Cabinets zur Folge gehabt hätte. Eine von Herrn Bara vorgeschlagene Tagesordnung ward alsdann (wie bereits telegraphisch erwähnt) mit 56 gegen 36 Stimmen genehmigt. Dieselbe war folgendermaßen motiviert: "Das Haus, in Achtung, daß die Regierung den für mexicanische Dienste erfolgten Truppen-Anwerbungen vollständig fremd geblieben ist und bleiben wird, geht zur Tagesordnung über."

Großbritannien.

Am 3. d. fand zu Hereford die Enthüllung der Statue Sir George Cornwallis Levis statt. Der Feier präsidirte Lord Palmerston, dessen Rede dem Ehre seines alten Collegen gewidmet war.

Die Stadt Cahiree in der irischen Grafschaft Kerry hat dem O'Donoghue, Parlaments-Mitglied für Lipperay und bekanntem Führer der irischen Partei im Unterhause, ein Festmal gegeben. Der O'Donoghue erging sich in sehr scharfen Ausdrücken gegen die parlamentarische Politik in allen Angelegenheiten Irlands. "Ob Tory, ob Whig am Muder sei, Irland werde von beiden gleich bedrückt; und nie werde Glück und Frieden auf der Insel herrschen, bis nicht die Union aufgehoben und Irland seine unabhängige Gesetzgebung besitzt. Das sei die Ansicht des großen O'Connell gewesen und sei der feste Glaube des irischen Volkes. So lange diese Bedingung nicht erfüllt sei, werde Irland bleiben, was es sei, die unglücklichste und unzufriedenste Nation der Welt."

Italien.

Das Einbrechen der österreichischen Behörden gegen die Pläne der Italianni in Südtirol und Venetien, schreibt man der Genua vom 1. d., hat hier unter den leitenden Chefs der italienischen Revolution wie eine platzende Bombe gewirkt. Selbst dem oberflächlichen Beobachter dürfte der entmutigende Eindruck nicht entgangen sein, welchen jene Nachricht auf die hiesigen Matadore des Umsturzes geübt. Mehrere derjelben begaben sich sofort nach dem Bekanntwerden der Entdeckungen in Südtirol und Venetien nach Mailand, um — wie man beschreibt — weitere geheime Waffensendungen nach den genannten österreichischen Provinzen zu sammeln und ihren Agenten die schleunigste Rückkehr nach Mailand, Turin oder Genua zu empfehlen.

Zur Tagesgeschichte.

"(Alle fünf!) Am 2. d. entlebte sich durch einen Pisto lenschuss der Buchhalter eines großen Handlungshauses in Brünn. Die Veranlassung war folgende: Am Tag vor der Wiener Biegung wollte G. fünf Nummern sezen. Da diejenigen in den hiesigen Colleteren nicht angenommen wurden, so telegraphirte er einem Bekannten nach Wien den Auftrag, diese Nummern dort zu sezen. Es wurde ihm jedoch zurückgemeldet, daß Nummern auf telegraphischem Wege im Lottoame nicht dann angenommen werden, wenn ein Postcolector sie teraphiert. G. begab sich nun in eine dorfliche Collekte; die Zeit war aber schon so sehr vorgerauht, daß auch auf diesem Wege das Telegramm in Wien nicht mehr angenommen wurde. Am Nachmittage kamen alle fünf Nummern heraus. Dies soll auf G. nun einen so erträgenden Eindruck gemacht haben, daß er ganz melancholisch wurde und diesen verzweifelten Schritt that.

"(Ein fürstlicher Dichter.) Die Stuttgarter Bürgerzeitung läßt eine "Glegie auf den Tod des Königs Wilhelm I. von Württemberg" mit. Der Dichter nennt sich "Prinz Peter von Oldenburg", Stiefführer des verewigten Königs. Die Glegie lautet:

Dumpes Geläute erschallt ringsum von den Thürmen im Lande, Und in das Tranergewand hält sich ein biederer Volk;

Handels- und Börsen-Nachrichten.

Breslau, 6. September. Amtliche Notizen. Preis für einen preuß. Scheffel d. i. über 14 Garne in Pr. Silbergr. = 5 fl. öst. W. außer Ago: Weißer Weizen von 65 = 80. Gelber 63 = 73. Roggen 42 = 45. Gerste 35 = 44. Hafer 22 = 33. Getreide 50 = 62. — Rothe Kleesaaten für einen Zollcentier (89) Wiener Pf. preuß. Thaler (zu 1 fl. 57) fr. österreichischer Währ. außer Ago: Weißer Weizen von 10 = 15 Thlr. Weisse von 10 = 17 Thlr.

Wien, 6. Sept. Abende [Cas]. Nordbahn 1850. — Credit-Aktion 186. — 1860er Rose 94.40. — 1864er Rose 87.20.

Paris, 6. September. 3^o Rente 66.65.

Berlin, 5. Sept. Gew. Auktion 102. — 5^o Met. 61. —

Wien. — 1860er Rose 82. — Nat. Anl. 69. — Staats-

118. — Credit-Aktion 83. — Credit-Loy. 75. — Bohm-

Weisbahn 71. — 1864er Rose 50. — 1864er Silber-Anl. 76.

— Galizier 100.

Franfurt, 5. Sept. 5perc. Met. 60. — Auktion vom

Jahre 1859 80. — Wien 102. — Banknoten 78. — 1864er

Rose 75. — Nat. Auktion 67. — Credit-Aktion 188. — 1860er

Rose 82. — 1864er Rose 90. — Staatsbahn 208. — 1864er

Silber-Auktion 78.

Hamburg, 5. September. Credit-Aktion 79. — Nat. Anl. 68.

— 1860er Rose 80. — 1864er Rose fehlt. — Wien. —

Paris, 2. September. Schlusserie: 3perc. Rente 66.70. —

4perc. 94.55. — Staatsbahn 44. — Credit Mobilier 1015. —

Lomb. 542. — Öster. 1860er Rose 1065. — Piem. Rente 67.45

— Consols mit 88 gemeldet.

Amsterdam, 5. Septemb. Dort verz. 79. — 5perc. Met.

58. — 2^o perc. Met. 28. — Nat. Anl. 64. — Wien. —

Silber-Auktion 71.

Venedig, 5. Septemb. Schlusconsols 87^{1/2}. — Lombardische

Eisenbahn-Aktion. — Wien. — Tirol. Consols. —

Leipzig, 5. September. Holländer Dukaten 5.36 Geld. 5.40

Waare. — Kaiserliche Dukaten 5.38 Geld. 5.42 W. — Russische halber Imperial 9.29 G. 9.39 W. — Russ. Silber-Bubbel ein Stück 1.77 G. 1.79 W. — Russischer Papier-Rubel ein Stück 1.51 G. 1.53 W. — Preußischer Courant-Thaler ein Stück 1.68 G. 1.71 W. — Gal. Pfandbriefe in öst. W. ohne Cogn. 74.70 G. 75.45 W. — Gal. Pfandbriefe in G. M. ohne Cogn. 78.43 G. 79.11 W. — Galiz. Grundentlastungs-Obligationen ohne Cogn. 74.45 G. 75.28 W. — National-Auktion ohne Cogn. 78.45 G. 79.28 W. Galiz. Karl Ludwigs-Eisenbahn-Aktion 252.17 G. 25.45 W.

Krakau, 6. Sept. Auch gestern war die Getreidezufuhr aus dem Königreich Polen zur Gräze noch gering, aber viele Güts-

bezüge waren mit Proben angekommen und boten annehmbare Be-

setzungen für spätere Zeiten. Der Verlehr belebte sich jedoch le-

ineswegs, denn die Kaufleute zögerten noch mit dem Kauf, da

die verlangten Preise zu hoch schienen. Verkauf wurde nur, was angefahren war, so wie kleine für den künftigen Markt bestellte

Partien. Neuer Roggen bez. 16. 17. vorzüglich trockener 17^{1/2} fl.

poln. Neuer Weizen von 26. 29. bester trockener 29.—30. Al-

tes Getreide zeigte sich sehr wenig auf dem Markt. Hier hat

heute der Verlehr in transitio ganz aufgehört, das Getreide ohne

Käufer, für den Vorbedarf Nachfrage ziemlich animirt. Alter

Roggen in vorzüglicher Gattung bez. 5.—5.15 fl. öst. W. neuer

Silber für fl. v. 100 fl. p. 115 verl. 113 gez. — Poln. Pfand-

briefe mit Consols für 100 fl. öst. 99 verl. 98 verl. 98 bez. —

Poln. Rentenoten für 100 fl. öst. W. v. vlon. 444 verl. 436 bez.

— Russisch Papierrubel für 100 Rubel fl. österr. W. 1524 verl.

150 verl. 169 bez. — Preuß. oder Vereinsthaler fl. öst. W. 1711 verl. 169 bez. — Preuß. Cour. für 150 fl. öst. W. Thaler 882 verl. 873 bez. — Neues Silber für 100 fl. österr. Währ. 1.442 verl. 1.134 bez. — Böhm. Pfandbriefe für 100 fl. öst. W. 1.442 verl. 1.134 bez. — Böhm. öst. W. oder 500 Fr. 5.50 verl. 5.40 bez. — Böhmische Pfandbriefe für 100 fl. öst. W. 5.49 verl. 5.39 bez. — Napoleon'sche fl. 9.30 verl. fl. 9.15 bez. — Russische Imperials fl. 9.52 verl. fl. 9.37 bez. — Galiz. Pfandbriefe nebst lauf. Comp. in fl. W. 76. verl. 75. bez. — Galiz. Pfand-

briefe nebst lauf. Comp. in fl. W. 79. verl. 78. bez. —

Grundentlastungs-Obligationen in österr. Währung fl. 77 verl.

76 bez. — Action der Karl Ludwigs-Bahn, ohne Consols fl.

öster. Währ. 252 verl. 250 bezahlt.

Lemberger Lotto-Ziehung am 3. September.

16 28 66 23 63.

Neueste Nachrichten.

Aus Warschau schreibt man der Gen. Corr.: Wenn man auch nicht vielfache Anzeichen dafür hätte,

dass die russische Regierung gewisse aus dem Schoo-

der extremen russischen Partei hervorgegangene und

auf die völlige Verschmelzung Polens mit dem russi-

schens Reich abzielende Vorschläge bereits als undurch-

führbar bezeichnete, so würde dies die neueste, soeben

eröffnete Schrift des unter dem Namen Schedo-

Ferrotti bekannten Regierungs-Publicisten

Staatsrat Ferrets beweisen. In dieser der polnischen

Frage gewidmeten Schrift kommt nämlich der Ver-

fall zu dem Schluß, daß eine dauernde Lösung nicht

gefunden werden könne, ohne Polen ein gewisses Maß

von Autonomie zu gewähren und Schedo-Ferrotti

würde schwerlich diesen Gedanken aussprechen, wenn

derselbe nicht den Intentionen der Regierung ent-

spräche.

Berlin, 4. Sept. Die Rückkehr des Königs

wird am 11. September erwartet. Herr von Bis-

marck wird erst später hier eintreffen. Für die öster-

reiche Börsen ist vorläufig weder Zeit noch

Dort bestimmt. Es geht das Gerücht von vollständi-

ger Wiederherstellung des Bündnisses der Westmächte

über Anregung Englands.

Hamburg, 6. Sept. (Pr.) Das "Neue Ham-

burg" ergänzt die bisherigen, dem Herzog von Au-

gustenburg günstig lautenden Telegramme über das

Kieler Bankett dahin, daß hochgestellte Preußen gele-

genständen, deren Ausfuhr verboten ist, aus allen

Gäfen Südlands mit der Bestimmung zur Wiederein-

fahrt in einem jütländischen Häsen gegen Erlag einer

Caution bis zur Nachweisung ihrer Wiedereinfahrt

ausgeführt werden dürfen. Eine Bekanntmachung

vom 3. d. zufolge müssen alle Berichte von Behörden,

sowie Gesuche an das Militär-Gouvernement deutsch

abgefaßt sein.

Paris, 5. Sept. Prinz Humbert ist gestern

nach London, der preußische Kriegsminister v. Roon

nach Cherbourg und Brest abgereist. — Rouher ist

in Angelegenheit der belgisch-mexicanischen Garde nach Brüssel abgegangen. Der mexikanische General Woll hat dem Kaiser Maximilian seine Entlassung gegeben, um in sein Vaterland Frankreich zurückzufahren.

Paris, 6. Sept. (Pr.) Die bekannte Note des H. Bismarck an das Pariser Cabinet über die preußische Politik in der Frage der Elbe-Herzogthumer, datirt aus Gastein, 9. v. beglückwünscht die Tuilerien wegen der von ihnen beobachteten Politik in der deutsch-dänischen Angelegenheit und bemerkt in der Schlusstelle, Kaiser Napoleon müsse durch die Friedenspräliminarien hoch befriedigt sein, da alle die Wünsche, die Frankreich auf der London

Unschlatt.

Nr. 22136. **Kundmachung.** (916. 2-3)

Die schlesische L. L. Landesregierung hat sich aus Anlaß des Kinderstaubausbruches in Przibow bestimmt gefunden, die Abhaltung der Viehmarkte im Oderberger Bezirk und auch die Wocheinmärkte in der Stadt Oderberg auf weiter einzustellen.

Diese Eröffnung wird zur allgemeinen Kenntnis gebracht.

Von der L. L. Stathalterei-Commission.

Krakau, 25. August 1864.

N. 25916. **Kundmachung** (925. 1-3) der L. L. Finanz-Landes-Direction für Ost-Galizien.

Zur Sicherstellung der Verfrachtung der Tabak-Berghießgüter zu den in Ostgalizien und in der Bukowina befindlichen Tabakmagazinen für die Zeit vom 1. Jänner bis Ende Dezember 1865 wird die Öffertverhandlung mit dem Termine bis einschließlich 27. September 1864 sechs Uhr Abends eröffnet.

Die Stationen aus und zu welchen die Verfrachtung stattzufinden hat, die beiläufige Gewichtsmenge, die Wegestrecke und das Badium, sowie die übrigen Licitations- und Vertragsbedingungen, können bei den ost- und westgalizischen Finanzbezirks-Directionen, dann bei den Finanz-Landes-Directionen in Lemberg, Krakau, Brünn, Prag und Wien, ferner bei der Finanzdirektion in Czernowitz und bei allen galizischen Tabak-Magazinen eingesehen werden.

Lemberg, 26. August 1864.

N. 10544. **Edykt.** (918. 2-3)

Ces. kr. Sąd delegowany miejski Krakowski wiadomo czyni, iż w dniu 19 Kwietnia 1863 roku umarł w Krakowie człowiek w wieku od 20 do 30 lat, z Królestwa polskiego pochodzi mający pod imieniem i nazwiskiem Bartłomieja Rzadowowskiego.

Gdy ani rzeczywiste imię i nazwisko zmarnego — ani ostatnie miejsce stałego zamieszkania ani wreszcie stosunki familialne jego nie są znane, przeto wzywa się strony do spadku po tymże zmarłym prawa sobie roszczące, aby z takowem w prze ciągu jednego roku do tutejszego Sądu się zgłosiły, i prawa swe do tegoż spadku udowodnili — w razie bowiem upływu tegoż terminu spadek, którego kuratorem adwokat Dr. Rosenblatt z podstawiением Adw. Dra. Geisslera zamianowanym został, tym przyznany zostanie, który takowy przyjmą, i prawa swoje udowodnią — części zas nieprzyjęte, lub o ileby się nikt do spadku nie zgłosił, natedy cały spadek jako bezdziedziczny na rzecz Skarbu przekazanym będzie.

Kraków, 28 Sierpnia 1864.

3. 16618. **Edict.** (920. 1-3)

Vom L. L. Krakauer Landesgerichte wird mittelst des gegenwärtigen Edictes bekannt gemacht, es habe wider den Handelsmann B. Wachtel der Handelsmann H. Mendelsohn ein Gesuch wegen Bewilligung des Verbots zur Sicherstellung der Summe 3002 fl. 60 kr. s. W. eingereicht, wodurch mit dem Beschlusse vom 1. September 1864, 3. 16618 das Verbot auf die Waaren und Fahrnisse des B. Wachtel bewilligt wurde.

Da der Aufenthaltsort des Belangten B. Wachtel unbekannt ist, so hat das L. L. Landesgericht zu seiner Vertretung und auf dessen Gefahr und Kosten den hiesigen Adv. Hrn. Dr. Rosenblatt mit Substitution des Herrn Advołaten Dr. Kucharski als Curator bestellt, welchem der obbesagte Bescheid zugestellt wird.

Durch dieses Edict wird demnach der Belangte erinnert, zur rechten Zeit entweder selbst zu erscheinen, oder die erforderlichen Rechtsbehelfe dem bestellten Vertreter mitzutheilen, oder auch einen andern Sachwalter zu wählen und diesem L. L. Landesgerichte anzuziegen, überhaupt die zur Vertheidigung dienlichen vorschriftsmäßigen Rechtsmittel zu ergriffen, indem er sich die aus deren Verabsäumung entstehenden Folgen selbst beizumessen haben werde.

Krakau, am 1. September 1864.

3. 5330. **Auskündigung.** (900. 3)

Bekannt der Verpachtung der Altandecer städtischen Bier- und Branntweinpropinication auf die Dauer vom 1. November 1864 bis letzten November 1867 wird bei dem Umstande, als diese Verpachtung bei dem ersten Termine nicht an Mann gebracht würde, hemic der zweite Termin auf den 15. September — und falls dieser fruchtlos sein sollte — der dritte Termin auf den 28. September. I. festgesetzt, und die Licitation in der Bezirksamt-Kanzlei während den vorgefahrenen Amtsständen abgehalten werden.

Der Fiscalpreis für beide Gefälle beträgt 5500 fl. s. W., wovon 10% als Badium vor der Licitation zu erlegen sind.

Vor und während der mündlichen Licitation werden auch schriftliche vorschriftsmäßig ausgestellte — und mit dem Badium versehene Öfferten angenommen.

Nachtragssabote über Öfferten werden nicht mehr berücksichtigt werden.

Von der L. L. Kreisbehörde.

Neustadt, am 29. August 1864.

N. 9167. **Kundmachung.** (921. 1-3)

Zur Verpachtung des Bezuges der Fleisch-Berzebrungssteuer im Pachtbezirk Altandec sammt 45 Ortschaften auf das Solar-Jahr 1865 mit stillschweigender Erneuerung auf die Solar-Jahre 1866 und 1867 wird hierauf am 23. September 1864 Vormittags eine Licitation abgehalten werden.

Der Auskunftspreis beträgt jährlich 1656 fl. 36 kr. öster. Währ.

Von der L. L. Finanz-Bezirks-Direction.

Neustadt 2. September 1864.

N. 7631. **Kundmachung.**

Zur Verpachtung der Rzeszower städtischen Bier- und Branntwein-Propinication, dann der Methpropinication für die Zeit vom 1. November bis 31. Dezember 1864, ferner für das Trienium vom 1. Jänner 1865 bis dahin 1868, wird der dritte und letzte Termin und zwar:

rücktlich des ersten Gefälles auf den 22. September 1864,

und bezüglich der Methpropinication auf den 23. September 1864 festgesetzt.

Der nach dem einjährigen Pachtjilling der letzten Pachtperiode berechnete Fiscalkreis beträgt:

a) bei der Bier- und Branntweinpropinication 31131 fl.

31 fl. s. W.

b) bei der Methpropinication 1251 fl. 99 kr. s. W.

Pachtlustige, welche die Bedingungen in der Magistrats-Kanzlei einsehen können, werden eingeladen, mit dem

10% Badium versehen, am obigen Termine um 9 Uhr

Vormittags beim Stadt-Magistrat einzutreffen.

Von der L. L. Kreisbehörde.

Rzeszów, am 16. August 1864.

Obwieszczenie.

Celem wydawania propinacji piwa i wódki miasta Rzeszowa, potem propinacji miodu na czas od 1-go Listopada aż do 31-go Grudnia 1864 roku; dalej na trzyletni czas od 1-Stycznia 1865 aż do tegoż czasu w roku 1868, naznacza się trzeci ostatni termin, to jest:

co do pierwszego dochodu na 22. Września 1864 r.

zaś co do propinacji miodu na 23. Września 1864 r.

Roczną czynsz dzierżawy jako cena fiskalna wynosi:

a) przy propinacji piwa i wódki 31131 złr.

31 kr. a. w.

b) przy propinacji miodu 1251 złr. 99 kr. a. w.

Chęć wydawania propinacji miodu wynosi 10% wady zaopatrzeniu, na powyższym terminie do magistratu miejskiego, gdzie warunki licytacy przejrane być mogą, o 9 godzinie zrana sie zgłosili.

C. k. Władza obwodowa.

Rzeszów, 16 Sierpnia 1864.

Kundmachung.

Am 19. d. M. Vorm wird hierauf eine Licitation we-

gen Verpachtung der Fleischverzehrungssteuer im Pacht-

bezirk Gorlice mit 58 Ortschaften auf die Zeit vom 1-en

Jänner 1865 bis 31. Dezember 1865 mit stillschwei-

gender Erneuerung auf die Solarjahre 1866 und 1867

abgehalten werden.

Der Auskunftspreis beträgt jährlich 1328 fl. 60 kr.

S. L. Finanz-Bezirks-Direction.

Neu-Sandec, 1. September 1864.

Kundmachung.

Am 19. d. M. Vorm wird hierauf eine Licitation we-

gen Verpachtung der Fleischverzehrungssteuer im Pacht-

bezirk Gorlice mit 58 Ortschaften auf die Zeit vom 1-en

Jänner 1865 bis 31. Dezember 1865 mit stillschwei-

gender Erneuerung auf die Solarjahre 1866 und 1867

abgehalten werden.

Für jene Gläubiger, deren Aufenthaltsort unbekannt ist, oder denen der Teilbietungsbescheid aus was immer für Ursache entweder nicht genug zeitlich vor dem ersten Licitationstermin oder gar nicht zugestellt werden könnte, oder welche erst nach dem 5. Juni 1864 in das Grund-

buch gelangen sollten, wird in der Person des L. L. No-

tars H. Leszil Ritter v. Chwałibog der Curator ad ac-

cum festgestellt.

Vom L. L. Bezirksamt als Gerichte.

Oświęcim, 8. August 1864.

Koncurs-Ausschreibung.

Zu besetzen zwei Schichtenmeisters-Abjunkten-Stellen bei der kais. kön. Salinen-Berginspektion zu Wie-

liczka in der XI. Diätencasse, dem Gehalte jährlicher

525 Gulden, dem Bezug des systematischen Salzdep-

oats von 15 Pf. jährlich per Familienkopf und mit der

Verbindlichkeit zum Erlage einer Caution im Betrage von

262 1/2 Gulden s. W.

Bewerber um diese dieser Stellen haben ihre gehörige

documentirten Gesuche unter Nachweisung des Alters, Stan-

des Religionsbekennisses, des sittlichen und politischen

Wohlverhaltens, der bisherigen Dienstleistung, der mit gu-

tem Erfolge zurückgelegten bergakademischen Studien, der

praktischen Ausbildung im Bergbaufache überhaupt und

der Manipulations- und Localkenntniss des Wieliczkier

Grubenbaues, insbesondere Kenntniss einer slawischen, vor-

zugsgewisse der polnischen Sprache, und einer festen aus-

gelernten, für Grubendienste geeigneten Körpers-Con-

stitution, der Cautionsfähigkeit, und unter Angabe, ob und

in welchem Grade sie mit Beamten dieser L. L. Berg- und

Salinen-Direction verwandt oder verschwägert sind, im

Wege ihrer vorgelegten Behörde bei dieser Direction bis

Ende September 1864 einzubringen.

Bon der L. L. Berg- und Salinen-Direction.

Wieliczka, 30. August 1864.

Auskündigung.

Zu befehlen eine Schichtenmeistersstelle bei der L. L. Salinen-

Berginspektion zu Wieliczka in der XI. Diätencasse, dem

Gehalte jährlicher 735 Gulden, Naturalquartier und dem

systematischen Salzbezug von 15 Pf. jährlich per Famili-

enkopf und mit der Verbindlichkeit zum Erlage einer Caution

im Gehaltsbetrage.

Bewerber um diese Stelle haben ihre gehörige

documentirten Gesuche unter Nachweisung des Alters, Stan-

des Religionsbekennisses, des sittlichen und politischen

Wohlverhaltens, der bisherigen Dienstleistung, der zurückgelegten

bergakademischen Studien, der praktischen Ausbildung im

Bergbaufache überhaupt und der Manipulations- und Local-

kenntniss des Wieliczkier Grubenbaues, Vertrautheit mit der

niederschlesischen Rechnungsführung, Conceptfähigkeit, Kennt-

niss der slawischen, vorzugsgewisse der polnischen Sprache,

und einer festen ausgelernten, für Grubendienste geeigneten

Körpers-Constitution, der Cautionsfähigkeit und unter

Angabe, ob und in welchem Grade sie mit Beamten dieser

L. L. Berg- und Salinen-Direction verwandt oder verschwä-

gert sind, im Wege ihrer vorgelegten Behörde bei dieser

Direction bis Ende September 1864 einzubringen.

Bon der L. L. Berg- und Salinen-Direction.

Tarnow, 30. August 1864.

Kundmachung.